

Dossenheimer Ortsgespräch - Die Zeitung der SPD Dossenheim

Thema. - Generationen (Juni 2000)

Was will die Rentenreform?

Ziel der Rentenreform ist es, einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen zu schaffen, eine langfristige Stabilisierung der Alterssicherung zu erreichen und das System der Alterssicherung durch den Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge zu modernisieren.

Erstes Ziel ist es, die Beiträge zur umlagefinanzierten Rentenversicherung langfristig unter 22 Prozent zu halten und damit zur Stabilisierung der Lohnnebenkosten beizutragen. Dies wird ermöglicht, indem ab dem Jahre 2001 schrittweise eine kapitalgedeckte Alterssicherung aufgebaut werden kann. Rentennahe Jahrgänge, die keine nennenswerte Eigenversorgung mehr aufbauen können, behalten somit weitgehend ihre erworbenen Ansprüche. Jüngere Jahrgänge bauen sich ab 2001 mit 0,5% des Bruttolohns bis 2008 mit 4% des Bruttolohns eine kapitalgedeckte Eigenversorgung auf.

Die zukünftige Rente setzt sich damit aus zwei Teilen zusammen, der Standardrente und der Kapitalrente. Die Berechnungen der Kapitalrente gehen dabei von einer jährlichen Verzinsung von 5,5% aus. Gleichzeitig wird ein sogenannter Ausgleichsfaktor einberechnet: 50% der möglichen Kapitalrente werden von der Standardrente abgezogen. Dieser Ausgleichsfaktor stellt sozusagen den Solidaritätsbeitrag der jeweiligen Rentnergeneration zur Stabilisierung der umlagefinanzierten Standardrente dar. Das Gesamtversorgungsniveau (Standardrente plus Kapitalrente) steigt von derzeit 70% nach leichtem Rückgang für 2005 auf 68% kontinuierlich bis auf 82% im Jahre 2050 an.

Arbeitnehmer mit unterdurchschnittlichen und mittleren Einkommen werden beim Aufbau der Kapitalrente gefördert. Dies verdoppelt das Fördervolumen der Vermögensbildung auf fast 5 Milliarden DM. Bei der Förderung der Altersvorsorge werden nur Anlageformen zugelassen, aus denen im Alter eine lebenslange Rente gezahlt wird, und die als Mindestleistung wenigstens die eingezahlten Beiträge garantieren. Der Ausgleichsfaktor wird für Zeiten in denen eine Kapitalvorsorge nicht zugemutet werden kann (Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit) nicht angerechnet. Damit ist die Kapitalrente sozial ausgestaltet.

Ein Beispiel in Zahlen: Die Bruttostandardrente (=lebenslanger Durchschnittsverdiener) im Jahre 2030 wird DM 4719,35 betragen. Als Kapitalrente sind dann DM 845,77 aufgebaut. Dies führt zum Abzug von DM 422,88 von der Standardrente. Insgesamt ergibt sich eine Rente von DM 5142,03; das ist ein Versorgungsniveau von 74%.

Die Regierung hat mit dieser Rentenreform ein umfassendes Reformprojekt vorgeschlagen. Trotzdem müssen kritische Fragen weiter diskutiert werden.

Die politische Bedeutung des Konzepts liegt darin, dass mit der Kapitalrente ein System aufgebaut wird, das nicht mehr zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert wird. Wenn die CDU jetzt eine verstärkte steuerliche Förderung der Altersvorsorge fordert, muss sie sich fragen lassen, wie dies finanziert werden soll. Weitere Entlastung der Unternehmen und Unternehmer, weitere Senkung des Spitzensteuersatzes, die Kampagne gegen die Ökosteuer, mit der die Rentenversicherung entlastet wird, stehen im Widerspruch zum sozialen Anspruch der CDU. Die Einbeziehung von Selbständigen und Beamten in ein umfassendes Rentensystem, die Berücksichtigung anderer Einkommensarten (Kapitaleinkommen, Mieteinkommen etc.) zur Finanzierung eines solidarischen Rentensystems müssen weiter diskutiert werden.

Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Kapitalrente müssen gesehen werden. Können die angenommenen Renditen bei den enormen Kapitalansammlungen eingehalten werden. Welche Auswirkungen haben die Fonds auf das Finanzsystem, welche Regeln sind einzuhalten? W. Herz schreibt in der ZEIT v. 8.Juni: "Renten waren immer unsicher, sie sind unsicher, und sie bleiben unsicher." Verstehen wir diesen Satz nicht als die berühmte Verunsicherung der Rentner, sondern als Aufforderung für eine offene und solidarische Gestaltung der Zukunft im Dialog der Generationen (fl)

ã ã ã ã ã ã

Was die Union für die Finanzierung ihrer Versprechen braucht.



Das Zusammenleben der Generationen in Deutschland

Seit einigen Jahren - spätestens seit auch der breiten Öffentlichkeit bewusst wird, dass durch die Bevölkerungsentwicklung der Generationenvertrag in der bisherigen Form nicht mehr unbegrenzt erfüllt werden kann - wird in den Medien vom "Generationenkonflikt" geschrieben und gesprochen.

Dabei wird stillschweigend davon ausgegangen, dass plötzlich ein Interessengegensatz der Generationen aufgebrochen sei - der Generation, die die Kosten für die Altersversorgung aufbringen muss und der Generation, die die Altersversorgung erhält. Diesen Interessengegensatz gibt es aber schon seit der Generationenvertrag in der Altersversorgung besteht. Nur wurde er nicht so scharf



empfundener wie jetzt, weil viele der glaubten, dass sie jetzt die Rente verzehrten, die sie in früheren Jahren während ihrer Berufstätigkeit angespart hatten. Das war jedoch auch früher nicht so. Vielmehr wurden seit Bestehen des Systems die Beträge der Aktiven für die Zahlung der aktuellen Renten verwendet.

Wieso spielt jetzt plötzlich der "Konflikt" eine so große Rolle? Grundlage für das reibungslose Funktionieren des Systems war eine stabile Bevölkerungsentwicklung mit einem hohen Anteil aktiver Beitragszahler und einem geringeren Anteil an Beitragsempfängern.

Diese Voraussetzungen sind jedoch schon seit einer geraumen Zeit (mit zunehmender Tendenz) nicht mehr gegeben. Dabei spielen hauptsächlich drei Faktoren eine Rolle, die unser System der Altersversorgung aus dem Gleichgewicht bringen: die höhere Lebenserwartung steigert die Zahl der Leistungsempfänger, die abnehmende Kinderzahl verringert die Zahl der Beitragszahler, und die geringere Zahl der Arbeitsplätze (und damit höhere Zahl der Arbeitslosen und Nicht-Beitragszahler) vermindert ebenfalls die Zahl der Beitragszahler. Alle drei Faktoren destabilisieren also das System unserer Altersversorgung.

Auf diese - seit langem erkennbare - Entwicklung wurde bisher durch die Politik ungenügend reagiert. Eigentlich gab es in den letzten Jahren nur zwei Maßnahmen, die ansatzweise als Reaktion auf diese Entwicklung zu betrachten sind: Das war einmal die Anpassung der Renten an die Entwicklung der Nettolöhne statt an die Bruttolöhne und das war zum anderen die Deckelung der Renten der Angestellten des Öffentlichen Dienstes durch CDU-Regierungen. Eine weitere Maßnahme in diese Richtung war die viel gescholtene Aussetzung der Anpassung an die Lohnentwicklung für 2 Jahre und dafür die Anpassung an die Preisentwicklung gleich zu Beginn der rot-grünen Koalition.

Erst die jetzige Regierung nimmt eine grundlegende Reform des Systems der Altersversorgung in Angriff und es ist zu hoffen, dass ein breiter Konsens quer durch alle Parteien dafür gefunden wird.

In den Medien indes wurden die durch die Verschleppung der Probleme eingetretenen Schwierigkeiten teilweise zu einem Generationenkonflikt hochgespielt. Dabei sind weder die jüngere, noch die ältere Generation generell schuld an diesem "Konflikt", es fanden sich jedoch schnell einzelne aus der jeweiligen Altersgruppe, die entweder den Älteren Bereicherung auf Kosten der Jüngeren oder andererseits den Jüngeren Drückebergerei vom Generationenvertrag vorwarfen. Entkleidet man die Argumente jedoch der Polemik, so muss man nüchtern feststellen:

Die Reform der Altersversorgung ist überfällig und muss schleunigst umgesetzt werden, um einen Zusammenbruch des Systems zu vermeiden. Es lässt sich absehen, dass diese Reform von allen Altersgruppen Opfer verlangt. Wer alles am liebsten so lassen möchte, wie es doch bis jetzt so gut funktioniert hat, dem muss man sagen, dass eine längere Ruhestandsperiode - und wir wollen ja den Älteren einen gesicherten Ruhestand erhalten - irgendwie bezahlt werden muss. Der Belastung der jüngeren Generation sind jedoch Grenzen gesetzt. Die Gründung einer Familie, die

Erziehung von Kindern, die Bezahlung von angemessenem Wohnraum muss noch möglich sein. Die jungen Familien müssen auch noch motiviert sein, Kindern zu bekommen und damit ihre eigene Altersversorgung sicherzustellen. In irgendeiner Form wird man also das System auf mehrere Säulen stellen müssen mit einer größeren Eigenbeteiligung der Beitragszahler.

Den Jüngeren, die sich der Belastung möglichst entledigen möchten, muss man die Leistungen entgegenhalten, die gerade die Rentnergeneration bisher für sie erbracht hat. Da ist nicht nur die Aufbauphase nach dem 2. Weltkrieg zu nennen, die durch Konsumverzicht (ein fast unbekanntes Wort für Jüngere) die Wirtschaft fast vom Stande Null auf den heutigen Stand gebracht hat. Es kommt hinzu, dass die verbesserte und damit verlängerte Ausbildung dazu führt, dass die nachwachsenden Generationen bis zum 20., 25. Lebensjahr oder noch länger unterhalten werden, während ihre Eltern überwiegend ab 14 Jahren im Beruf standen und mit 16 oder 17 Jahren finanziell von ihren Eltern unabhängig waren. Nicht zu unterschätzen sind auch die - zugegebenermaßen ungleich verteilten - großen und kleinen Vermögen, die jetzt auf die nächsten Generationen vererbt werden und Hunderte von Milliarden DM ausmachen.

Es macht also wenig Sinn, die Generationen gegeneinander auszuspielen. Vielmehr müssen wir gemeinsam versuchen, des Problems Herr zu werden.

Neben der Reform des Alterssicherungs-Systems liegen noch eine Menge von Reserven verborgen. Manche Betriebe versuchen unter dem Schlagwort "Die Kompetenz des Alters nutzen" mit besonderen Programmen Wege abseits der bisher üblichen "Freisetzung", "Vorruhestand" und Entlassung. Aber auch die bereits im Ruhestand befindlichen, noch relativ jungen und oft in einem guten Gesundheitszustand befindlichen Menschen haben vielfältige Möglichkeiten, ihre Kompetenz und Leistungsfähigkeit der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen und damit eigene Befriedigung zu erlangen. Sportvereine suchen Organisatoren und Übungsleiter, kulturelle Vereine brauchen vielfältige Hilfe, politische Parteien brauchen oft für begrenzte Aufgaben kompetente Unterstützung, Reisegruppen suchen sachkundige Führer und Organisatoren, Dritte-Welt-Vereine technischen Sachverstand. Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. (pf)

ã ä å ä å ä



Generationenvertrag in der Kommunalpolitik

Nach der Familie ist die Gemeinde die nächst größere Gemeinschaft von Menschen, in der alle Generationen zusammenleben. Kommunalpolitik muss sich daher mit den Bedürfnissen aller Generationen auseinandersetzen. Da Kommunalpolitik auch die Politik ist, die am nächsten am Bürger dran ist, sollten sich auch alle Generationen in diese Politik mit einbringen. In Dossenheim gibt es dafür sehr viele Beispiele. Wie wichtig das Zusammenspiel von Kommunal-, Kreis-, Landes-, Bundes- und inzwischen auch Europapolitik gerade für das Zusammenleben zwischen den Generationen ist, kann an Beispielen in der Gemeinde sehr deutlich gemacht werden.

Kinderbetreuung

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 3. Lebensjahr wurde in Dossenheim bereits vor dem Zeitpunkt der gesetzlichen Verpflichtung erreicht. Heute besteht durch die Anstrengungen der Kindergartenträger in der Gemeinde und durch den finanziellen Einsatz der Gemeinde beim Bau von Kindergärten sogar die Möglichkeit, Kinder vor ihrem 3. Lebensjahr in den Kindergärten aufzunehmen. Flexible Betreuungszeiten und die Bezuschussung von Tagesmüttern runden dieses Betreuungsangebot in der Gemeinde noch ab.

Bereits in diesem Bereich ist die Zuschussregelung des Landes von ganz entscheidender Bedeutung für die Höhe der Kindergartenbeiträge, bzw. die Zuschüsse der Gemeinde. Der Zwang zur Sparsamkeit in Landes- und Bundespolitik und die damit verbundene Kürzung der Zuschüsse für die Kinderbetreuung verursacht sofort höhere Kosten für Gemeinde und Eltern.

Schulen

Dossheimer Schulen sind vergleichsweise in einem hervorragenden baulichen Zustand. Die Neubergschule und die Kurpfalzschule wurden in den letzten Jahren mit erheblichen Gemeindemitteln renoviert und ausgestattet. Auch die Ausstattung mit Sachmitteln ist im Vergleich zu anderen Schulen im Kreis am oberen Limit. Natürlich können wir verstehen, wenn weitere Forderungen zu noch modernerer Ausstattung bestehen. Die Kosten hierfür sind jedoch immer in Relation mit den in der Gemeinde vorhandenen Finanzmitteln zu sehen.

Auch die Kernzeitbetreuung an beiden Dossheimer Schulen ist seit Jahren ein Standard, der Eltern die Sicherheit gibt, dass ihre Kinder während der Kernschulzeit optimal betreut werden.

Jugendarbeit

Eine sehr frühe Forderung der SPD in Dossenheim war die Einrichtung einer Stelle für Jugendbetreuung. Inzwischen gehört diese Einrichtung in der Gemeinde bereits zum Standard. Ferienbetreuung, Jugendtreff, Freizeitangebote verschiedenster Art oder einfach Anlaufstelle für Jugendliche sind hier ständige Angebote.

Vereinsförderung als wichtiges Bindeglied zwischen Generationen

Die umfangreichste Jugendarbeit - und generationenübergreifend auch soziale, sportliche und kulturelle Angebote machen die zahlreichen Vereine in Dossenheim. Es war daher mit der Einführung der Vereinsförderrichtlinien und der Anpassung dieser Richtlinien in diesem Jahr immer ein wichtiges Ziel der SPD-Fraktion im Gemeinderat die Vereine in dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen. Räumliche Angebote - z.B. die neue Sporthalle - sind dabei wichtige Voraussetzungen, dass ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen optimal durchgeführt werden kann. Hier wird die SPD-Fraktion auch weiterhin einen Schwerpunkt ihrer Arbeit sehen und z.B. für den schnellen Wiederaufbau der abgebrannten Anglerhalle eintreten, die eine wichtiges Raumangebot gerade für diese vielfältige ehrenamtliche Arbeit in unserer Gemeinde darstellt.

Wohnraumpolitik

Aufgrund der sehr hohen Grundstückspreise in Dossenheim und der daraus resultierenden hohen Miet- und Baupreise, war es schon immer ein Anliegen der SPD preiswerten Wohnraum für Familien in Dossenheim zu schaffen. Wir sehen die Notwendigkeit, jede Möglichkeit zu nutzen. Mit der Schaffung der Voraussetzungen für "Preiswertes Wohneigentum" in der Jahnstraße und am Schlüssel sind dabei zwei Projekte in Dossenheim umgesetzt worden. Weitere müssen folgen, damit junge Familien auch heute noch die Möglichkeit erhalten, preiswerten Wohnraum in Dossenheim zu finden.

Die aktuelle Diskussion im Gemeinderat um die Verlängerung der Zuschüsse für den "sozialen Mietwohnungsbau" macht dabei deutlich, daß dieses Modell nicht mehr funktioniert und Steuergelder falsch zum Einsatz kommen. Es sollten nicht die Wohnungsgesellschaften mit erheblichen Steuergeldern unterstützt werden, sondern die Bewohner und damit die Familien.

Seniorenbetreuung - Seniorenarbeit

Wohn- und Betreuungsangebote für Senioren und Pflegestellen, aber auch die aktive Betreuung von Senioren ist ein wichtiges Ziel in der Gemeinde in den letzten Jahren. Neben der Förderung des DRK-Wohnheimes in der Pfarrgasse, der Unterstützung des Diakonissenhauses im Schlüsselweg bei der Umgestaltung als Pflegeheim und der Schaffung einer Stelle für die Seniorenbetreuung wurden bereits bisher deutliche Schwerpunkte in der Gemeinde gesetzt.

Soziales Zentrum

Geradezu in idealer Weise verdeutlicht das hoffentlich im nächsten Jahr fertiggestellte Soziale Zentrum im Platanenweg die generationenübergreifende Kommunalpolitik. Kindergarten der Jugendkunstschule, senioren-gerechte und betreute Wohnungen, Pflegeheim und ein Zentrum für Rollstuhlfahrer machen dies sehr deutlich. Den hohen kommunalen finanziellen Beitrag halten wir daher für gerechtfertigt. Ortsnahes Wohnen von Senioren, Betreuung in einem Pflegeheim am Ort kombiniert mit Betreuungseinrichtungen für Kinder und ein Anlaufpunkt für Behinderte stärken das soziale Gefüge in der Gemeinde. Die Fortführung dieses Projektes noch in diesem Jahr und eine mögliche Fertigstellung im Jahre 2001 halten wir daher für eine wichtige kommunal



politische Entscheidung. Die bereits zugesagten Finanzmittel des Landes sollten jetzt allerdings auch zur Verfügung stehen um dieses Projekt nicht weiter zu verzögern.

Alle Entscheidungen sind generationenübergreifend

Es gibt in der Gemeinde kaum eine Entscheidung des Gemeinderates, welche nicht nur eine sondern mehrere Generationen unserer Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde betrifft. Beispiele könnten hier fast unbegrenzt aufgezählt werden (das Nachttaxi für junge Mitbürgerinnen und Mitbürger und Frauen, das Ortstaxi, Verkehrsplanungen im Ort, die Einrichtung eines Bürgeramtes im Rathaus, Entscheidungen zur Einführung des Jugendgemeinderates oder die Entscheidung über den Einsatz der Finanzmittel im jährlichen Haushalt der Gemeinde u.s.w.). Mit der Einrichtung eines Jugendgemeinderates wurde die Mitwirkung der jungen Generation in unserer Gemeinde erheblich gestärkt. Wir würden uns freuen, wenn sich alle Generationen - noch stärker als bisher - in die Kommunalpolitik einmischen würden. Die SPD-Fraktion und der Ortsverein der SPD in Dossenheim stehen dafür als Ansprechpartner gerne zur Verfügung.

Jochen Matenaer, Fraktionsvorsitzender der SPD
Dossenheim
Tel. und Fax 866125
e-Mail: J.Matenaer@t-online.de

ã ã ã ã ã ã

Wohnen im Seniorenpark

ein Gespräch mit Christel Akelbein

Christel Akelbein hat eine Zweizimmerwohnung im Seniorenpark in der Pfarrgasse. Für sie bedeutet das kostengünstiges und selbständiges Wohnen in der Gemeinde Dossenheim. Träger dieses Wohnkomplexes mit insgesamt 12 Wohneinheiten ist das Deutsche Rote Kreuz. Die Gemeinde Dossenheim fördert dieses Wohnheim mit dem Ziel älteren Bürgerinnen und Bürgern bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und ortsnahe Zusammenleben der Generationen zu ermöglichen.

Neben den guten nachbarlichen Beziehungen im Wohnheim und in der unmittelbaren Umgebung schätzt Christel Akelbein besonders das reichhaltige Angebot in der Begegnungsstätte. Gedächtnistraining, Spielnachmittage, Filmabende, medizinische und kulturelle Vorträge, vielfältige Ausflugsprogramme stellen ein willkommenes Angebot zu sinnvoller und aktiver Freizeitgestaltung dar. Vielleicht sollte noch deutlicher werden, dass diese Angebote sich an alle Dossenheimer Bürgerinnen und Bürger richten und gerade die kulturellen Angebote eine Chance sind zur Begegnung zwischen den Generationen.

Probleme sieht Christel Akelbein in der Einkaufssituation. Sie hebt aber hervor, dass der Dossenheimer Einzelhandel

durch großzügigen Lieferservice auf die Schwierigkeiten älterer Menschen eingeht. Sie wünscht sich mehr Bänke im Ortskern, um sich auf den beschwerlichen Wegen ausruhen zu können.

Christel Akelbein, die selbst aktives Mitglied der SPD Dossenheim ist, könnte sich gut vorstellen, dass die politischen Parteien verstärkt das Gespräch mit der älteren Generation suchen. Themen wie Rentenreform, Gesundheitsreform und aktuelle Fragen in der Gemeinde, bei denen ältere Menschen ihre Erfahrungen und Meinungen einbringen können, gibt es genug. (pf/fl)

ã ã ã ã ã ã

Alt werden und gesund bleiben - Nachdenken auf Vorrat

Alt werden und gesund bleiben ist wohl für uns alle die ideale Lebensperspektive. Dabei will jeder lange leben aber keiner alt sein. Zu sehr ist "alt sein" mit Gebrechlichkeit und Einsamkeit verbunden.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten in Deutschland rund 4,4 Mill. Menschen die 60 Jahre und älter waren. Heute sind es rund 16 Mill. Menschen. Gegenwärtig werden Frauen in den alten Bundesländern durchschnittlich 79,5 Jahre alt, Männer 73,1 Jahre, in den neuen Bundesländern Frauen 77,2 Jahre, Männer 69,9 Jahre. Für 2050 wird erwartet, dass die Lebenserwartung von Frauen sich auf 87 Jahre erhöht.

Die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft wird ein entscheidender kostentreibender Faktor in der sozial- und gesundheitspolitische Planung sein. Zusätzlich finden weitere Veränderungen in unserer Gesellschaft statt, die sich ebenfalls auf die Versorgungssysteme auswirken können:

Traditionelle Lebenszusammenhänge lösen sich auf in Richtung auf eine offene Risikogesellschaft. Gesundheitsförderung und Fitness gehören zum Alltag, um langfristige Funktionsfähigkeit als ökologische Voraussetzung für das Altern in eigener Regie zu erlangen. Die Zahl alleinstehender älterer Menschen mit aktiven Gesundheitsinteressen nimmt zu, gleichzeitig aber auch die Zahl der Pflegebedürftigen, die dem Sozialstaat anheimfallen.

Der Arbeitsmarkt gerät in eine Schieflage. Zunehmend weniger Arbeitsplätze begrenzen die Ressourcen der Solidarsysteme für Gesundheit und Rentenversicherung. Die hohen Lohnnebenkosten beeinflussen negativ die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. An die Stelle lebenslanger Arbeitsphasen treten zudem flexible Arbeitseinsätze mit zeitweiser Arbeitslosigkeit. Das Bewusstsein der Bevölkerung, die soziale Absicherung nicht ausschließlich durch Erwerbsarbeit zu finanzieren, scheint sich nur langsam zu verändern. Gesundheit bedeutet demnach nicht nur das Freisein von Krankheit, sondern auch uneingeschränkte Vitalität. Insbesondere im Alter wird Gesundheit (neben finanzieller Absicherung und Unabhängigkeit) als das wesentlich Merkmal eines zufriedenen Lebens betrachtet.

In den letzten Jahren haben sich die Zeiträume zwischen neuen Gesundheitsreformen in rasanter Weise verkürzt.



Keine Regierung hat es bislang geschafft, die sozialen Sicherungssysteme so zu reformieren, dass Zuversicht in die Finanzierungsgrundlagen und Rahmenbedingungen z.B. unserer gesetzlichen Krankenversicherung entstanden ist. Viele Reformen wirken zu kurz gegriffen, immer scheint es eine Gruppe im Gesundheitswesen besonders zu treffen.

Der brisante demografische Faktor (immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Leistungsempfänger aufkommen) steckt wie eine Zeitbombe im GKV-System. Gleichzeitig steigt der medizinische Fortschritt, dessen Kosten schneller wachsen als die Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen. Wenn angesichts solcher Veränderungen nicht rechtzeitig gehandelt wird, müssen wir mittelfristig krasse Einschnitte in die Gesundheitsversorgung hinnehmen.

Die SPD will die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Gutverdienenden und Einkommenschwachen erhalten. Daher ist sie lange für die uneingeschränkte medizinische Vollversorgung für alle Versicherten eingetreten. Nun mehren sich angesichts enger werdender Ressourcen auch die innerparteilichen Stimmen, dass die Diskussion um Rationierung oder um Stärkung der Eigenverantwortung nicht an der SPD vorbeigeführt werden darf. Das bedeutet, dass wir auch an der Basis über folgende Fragen nachdenken müssen:

In welcher Form kann und soll der Einzelne mehr Eigenverantwortung übernehmen, d.h. einen höheren Teil seines verfügbaren Einkommens für die Gesundheit aufwenden?

Welche unterschiedlichen Versorgungsangebote sollen den Menschen zur Wahl gestellt werden. Wollen wir in der Gesundheitsversorgung eine Vollkasko- oder Teilkaskoversicherung?

Können Bonussysteme für gesundheitsbewusstes Verhalten eingeführt werden, die frühzeitig Gesundheitsrisiken vorbeugen?

Gibt es mittelfristig die Pflicht des Einzelnen, alles was aus eigener Hand zu leisten ist, selbst zu leisten und erst in zweiter Linie die Hilfe des Sozialstaates in Anspruch zu nehmen?

Können langfristig die "heiligen Kühe" - uneingeschränkter Genuss von Suchtmitteln wie Nikotin und Alkohol - mit nachweislich hohen Folgekosten für die Versichertengemeinschaft aus der Diskussion um Selbstbeteiligung ausgeklammert bleiben?

Wir brauchen eine ehrliche Diskussion um die Eigenverantwortung in der Gesundheits- und Altersversorgung. Ohne die Tugenden der Solidarität und der Selbstverantwortlichkeit hat der Sozialstaat keine Zukunft. Wir müssen lernen mit unseren physischen und finanziellen Ressourcen hauszuhalten, um uns langfristig ein würdevolles Altern zu sichern.

Clara Scheepers, SPD Dossenheim

Impressum:

Redaktion: Peter Fischer (pf)
Franz Lambert (fl)
Photos: Franz Lambert
Herausgegeben vom Vorstand der SPD Dossenheim
c/o Alfred Hermann,
Kastanienweg 15,
69221 Dossenheim;

Zuschriften an die Redaktion:
franz.lambert@spd-dossenheim.de